

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frank Schäffler, Christian Dürr,  
Dr. Florian Toncar, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 19/8911 –**

### **Die Auswirkungen der Niedrigzinsphase auf das Vermögen deutscher Sparer**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Der Leitzins der Europäischen Zentralbank (EZB) liegt seit März 2016 bei 0 Prozent. Der Zinssatz der Einlagefazilität, die es Banken ermöglicht, Geld über Nacht bei der Zentralbank zu verwahren, liegt bei minus 0,4 Prozent. In dieser Folge sind auch die Guthabenzinsen, welche die Banken gegenüber ihren Kunden bezahlen, stark gesunken. Die durchschnittlichen Zinsen für Tagesgelder, Festgelder und Spareinlagen betragen im ersten Quartal in Deutschland 0,2 Prozent.

Den sinkenden Zinsen steht die Inflation entgegen. Diese stieg im Jahresverlauf 2018 auf bis zu 2,5 Prozent und lag im Monatsschnitt bei 1,9 Prozent. Dies ergibt für die deutschen Sparer seit einigen Jahren einen negativen Realzins bei klassischen Anlageformen wie Sparbüchern oder Tagesgeld. Für das erste Quartal 2018 berechnete die Beratungsgesellschaft Barkow in einer Studie daher einen Wertverlust für deutsche Sparer von 7,1 Mrd. Euro ([www.handelsblatt.com/finanzen/geldpolitik/geldanlage-wegen-inflation-und-niedrigzins-deutsche-sparer-verlieren-dieses-jahr-28-milliarden-euro/21171724.html](http://www.handelsblatt.com/finanzen/geldpolitik/geldanlage-wegen-inflation-und-niedrigzins-deutsche-sparer-verlieren-dieses-jahr-28-milliarden-euro/21171724.html)). Auf das Gesamtjahr 2018 hochgerechnet läge der Verlust sogar bei 28,4 Mrd. Euro. Die DZ Bank AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank geht von einem saldierten Verlust für die deutschen Geldvermögen seit Beginn der Niedrigzinsphase 2010 von kumuliert 295,5 Mrd. Euro aus ([www.faz.net/aktuell/finanzen/finanzmarkt/ezb-vermeldet-ersten-zinsanstieg-seit-sieben-jahren-16024450.html](http://www.faz.net/aktuell/finanzen/finanzmarkt/ezb-vermeldet-ersten-zinsanstieg-seit-sieben-jahren-16024450.html)).

#### Vorbemerkung der Bundesregierung

Es wird angenommen, dass der Fragesteller unter „Eigenheim“ nicht ausschließlich Häuser, sondern selbstgenutztes Wohneigentum im Allgemeinen versteht.

1. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung das durchschnittliche Nettovermögen (exklusive Rentenansprüchen) pro Haushalt in Deutschland?
  - a) Wie hat sich das durchschnittliche Nettovermögen in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
  - b) Wie stellt sich das durchschnittliche Nettovermögen in Deutschland im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie den USA, Japan und der Schweiz dar?

Die Fragen 1 bis 1b werden wegen des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Jährliche Daten zum Privatvermögen liegen der Bundesregierung nicht vor. Sie können nur über Befragungen von Stichproben der Bevölkerung gewonnen werden, die üblicherweise mit Abständen von mehreren Jahren stattfinden. Die neuesten Informationen sind zudem immer mindestens zwei Jahre alt, da die Datenaufbereitung von großen Haushaltsbefragungen Zeit in Anspruch nimmt.

Die OECD veröffentlicht vergleichbare Werte ab dem Jahr 2009 für Mitgliedstaaten, die über derartige Daten verfügen, in der jeweiligen nationalen Währung. Datenbasis für die Euro-Länder (sowie Polen und Ungarn) ist der Household Finance and Consumption Survey (HFCS; auf Deutsch: „Studie zur wirtschaftlichen Lage privater Haushalte (PHF)“), der von den jeweiligen nationalen Zentralbanken erhoben wird. Bisher sind Ergebnisse der ersten beiden Erhebungen des HFCS publiziert worden. Die verfügbaren Daten zum arithmetischen Mittel können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Durchschnittliches Haushaltsnettovermögen (in Nominalbeträgen der jeweiligen nationalen Währung)								
Staat	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Österreich	..	..	265.033	..	..	258.414	..	..
Belgien	..	338.636	..	..	..	330.266	..	..
Dänemark	..	..	..	..	..	..	996.949	..
Estland	..	..	..	..	96.994	..	..	..
Finnland	168.842	..	..	..	195.328	..	..	..
Frankreich	233.306	..	..	..	..	243.130	..	..
Deutschland	..	..	195.170	..	..	214.259	..	..
Griechenland	147.757	..	..	..	..	104.199	..	..
Ungarn	..	..	..	..	..	15.553.559	..	..
Irland	..	..	..	..	216.349	..	..	..
Italien	..	..	274.657	..	..	226.389	..	..
Japan	..	..	..	..	..	32.555.000	..	..
Lettland	..	..	..	..	..	40.044	..	..
Luxembourg	..	..	710.092	..	..	768.404	..	..
Niederlande <sup>1</sup>	..	154.042	..	..	..	..	140.500	..
Polen	..	..	..	..	..	403.392	..	..
Portugal	..	157.933	..	..	155.956	..	..	..
Slowakei	..	79.656	..	..	..	66.047	..	..
Slowenien	..	..	..	..	..	137.718	..	..
Spanien	291.352	..	..	273.579	..	..	..	..
Vereinigtes Königreich	309.700	..	340.600	..	392.400	..	435.500	..
Vereinigte Staaten	..	452.900	..	..	488.400	..	..	632.100

1: Die Werte für die Niederlande sind wegen Zeitreihenbrüchen nicht im Zeitablauf vergleichbar.

Quelle: Datenbank der OECD

2. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung das Median-Nettovermögen pro Haushalt in Deutschland?
- a) Wie hat sich das Median-Nettovermögen in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
- b) Wie stellt sich das Median-Nettovermögen in Deutschland im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie den USA, Japan und der Schweiz dar?

Die Fragen 2 bis 2b werden wegen des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Auf die Hinweise in der Antwort zu Frage 1a wird verwiesen.

Die Daten zum Median können, soweit verfügbar, der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Mittleres Haushaltsnettovermögen (Median, in Nominalbeträgen der jeweiligen nationalen Währung)								
Staat	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Österreich	..	..	76.445	..	..	85.914	..	..
Belgien	..	206.249	..	..	..	217.943	..	..
Dänemark	..	..	..	..	..	..	212.967	..
Estland	..	..	..	..	43.474	..	..	..
Finnland	96.515	..	..	..	110.000	..	..	..
Frankreich	115.687	..	..	..	..	113.300	..	..
Deutschland	..	..	51.358	..	..	60.790	..	..
Griechenland	101.934	..	..	..	..	65.058	..	..
Ungarn	..	..	..	..	..	8.018.422	..	..
Irland	..	..	..	..	100.600	..	..	..
Italien	..	..	173.387	..	..	146.198	..	..
Japan	..	..	..	..	..	20.147.000	..	..
Lettland	..	..	..	..	..	14.180	..	..
Luxembourg	..	..	397.841	..	..	437.510	..	..
Niederlande <sup>1</sup>	..	78.755	..	..	..	..	17.300	..
Polen	..	..	..	..	..	238.885	..	..
Portugal	..	78.739	..	..	71.215	..	..	..
Slowakei	..	61.182	..	..	..	50.316	..	..
Slowenien	..	..	..	..	..	80.367	..	..
Spanien	182.725	..	..	159.639	..	..	..	..
Vereinigtes Königreich	164.000	..	170.500	..	168.900	..	183.000	..
Vereinigte Staaten	..	62.500	..	..	64.600	..	..	77.400

1: Die Werte für die Niederlande sind wegen Zeitreihenbrüchen nicht im Zeitablauf vergleichbar.

Quelle: Datenbank der OECD

3. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Sparquote pro Haushalt in Deutschland?

Statistiken zu den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte insgesamt sowie der darauf basierenden Sparquote werden vom Statistischen Bundesamt erhoben. Gemäß den detaillierten Jahresergebnissen für das Jahr 2018 (Stand März 2019) ergibt sich für das Jahr 2018 eine Sparquote der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck) von 10,4 Prozent.

- a) Wie viel legt ein deutscher Haushalt im Jahr durchschnittlich bzw. im Median an?

Hierzu wird auf die Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes „Laufende Wirtschaftsrechnungen; Einkommen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte“, Fachserie 15, Reihe 1 verwiesen. Diese enthält u. a. Angaben bezüglich der Haushaltsausgaben für die Bildung von Geldvermögen und Sachvermögen für Durchschnitts- und Medianhaushalte.

- b) Wie hat sich das Sparverhalten in Deutschland (absolut und relativ zum Bruttoinlandsprodukt) in den letzten zehn Jahren verändert?

Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen einer etwaigen Veränderung der Sparquote und der anhaltenden Niedrigzinsphase?

Die unten aufgeführte Tabelle zeigt die Entwicklung der Gesamtersparnis gemäß der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Jahre 2008 bis 2018. Diese beinhaltet neben den privaten Haushalten auch die Ersparnisbildung der Kapitalgesellschaften und des Staates. Dazu ist die Sparquote der privaten Haushalte in Prozent des verfügbaren Einkommens dargestellt. Aus beiden Konzepten ist für den angegebenen Zeitraum keine eindeutige Veränderung des Sparverhaltens zu erkennen.

Der Zinssatz ist nur eine Einflussgröße für die Ersparnisbildung. Darüber hinaus können u. a. die Entwicklung von Einkommen und Vermögen sowie die individuellen Präferenzen der Haushalte die Ersparnisbildung beeinflussen.

Jahr	Sparen Gesamte Volkswirtschaft		Sparen der privaten Haushalte*	
	in Mrd. Euro	in % des nominalen BIP	in Mrd. Euro	in % des verfügbaren Einkommens** (Sparquote)
2008	236,67	9,2	165,88	10,5
2009	138,27	5,6	156,17	10,0
2010	194,79	7,5	160,08	10,0
2011	261,47	9,7	158,16	9,6
2012	237,24	8,6	157,59	9,3
2013	234,94	8,3	153,69	8,9
2014	280,18	9,5	167,20	9,5
2015	321,69	10,6	174,80	9,7
2016	343,54	10,9	181,91	9,8
2017	354,3	10,8	189,82	9,9
2018	375,95	11,1	206,90	10,4

\* Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck

\*\* Einschl. Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche

Quelle: Statistisches Bundesamt; Eigene Berechnungen

4. Wie ist das Vermögen in Deutschland nach Kenntnis der Bundesregierung auf verschiedene Anlageformen verteilt (Sparbuch, Tagesgeld, festverzinsliche Anlagen, Kapitallebensversicherungen, Aktien, Fonds, Immobilien, Edelmetalle, Riesterverträge etc.)?

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, ob und wie sich in den letzten zehn Jahren das Anlageverhalten durch die anhaltende Niedrigzinsphase verändert hat?

Gemäß einer Zusammenstellung der Deutschen Bundesbank lag das Geldvermögen privater Haushalte, einschließlich des Geldvermögens privater Organisationen ohne Erwerbszweck, in der Bundesrepublik Deutschland im dritten Quartal 2018 insgesamt bei 6 246 Mrd. Euro. Die Verteilung des Geldvermögens auf die verschiedenen Anlageformen können der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

	Bestände in Mrd €	in % des Geldvermögens
<b>Geldvermögen zum 3. Vj. 2018</b>		
<b>Bargeld und Einlagen</b>	2.468	40
Bargeld und Sichteinlagen	1.613	26
Termineinlagen	265	4
Sparbriefe und Spareinlagen	590	9
<b>Schuldverschreibungen</b>	156	2
<b>Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds</b>	1.334	21
Aktien	441	7
Sonstige Anteilsrechte	218	3
Investmentfonds	675	11
<b>Ansprüche ggü. Versicherungen</b>	2.257	36
<b>Sonstige Forderungen</b>	32	1
<b>Insgesamt</b>	6.246	100
<b>Verbindlichkeiten zum 3. Vj. 2018</b>		
<b>Kredite</b>	1.775	
<b>Sonstige Verbindlichkeiten</b>	18	
<b>Insgesamt</b>	1.793	
nachrichtlich: Immobilienvermögen (Stand: Ende 2017)	8.082	
Quelle: Bundesbank, Statistisches Bundesamt		

Bezüglich des Anlageverhaltens weist die Deutsche Bundesbank auf ihre Vermögensbefragung zum Thema „Private Haushalte und ihre Finanzen (PHF)“ hin. Damit kann der Anteil der Haushalte bestimmt werden, die in einer bestimmten Form ihr Geld anlegen.

Die Einzelheiten können der nachstehenden Tabelle „Portfoliostruktur der privaten Haushalte in Deutschland“ entnommen werden, die im Monatsbericht April 2019 der Deutschen Bundesbank veröffentlicht wurde:

Portfoliostruktur der privaten Haushalte in Deutschland									
Position	Anteile der Haushalte in %			Mittelwert (bedingt) in €			Median (bedingt) in €		
	2010	2014	2017	2010	2014	2017	2010	2014	2017
Sachvermögen	80	81	83	218 600	229 500	249 100	89 200	90 900	106 900
Eigentum am Hauptwohnsitz	44	44	44	205 800	231 400	258 800	168 000	162 000	199 200
Fahrzeuge und Wertgegenstände	73	75	78	13 000	13 300	13 600	7 080	7 000	8 000
Betriebsvermögen	10	10	10	333 600	338 800	309 900	20 000	21 600	26 600
Finanzvermögen	99	99	99	47 400	54 200	56 800	17 100	16 500	16 900
Girokonten	99	99	99	3 400	4 300	7 100	1 200	1 100	1 800
Sparkonten (ohne private Altersvorsorge)	78	72	70	22 500	29 400	27 600	9 700	8 900	9 900
Private Altersvorsorge insgesamt (inkl. Lebensversicherungen)	47	46	43	27 200	28 300	33 200	11 400	13 500	15 400
Fondsanteile (ohne private Altersvorsorge)	17	13	16	29 000	39 800	37 500	10 000	14 800	12 900
Aktien	11	10	11	29 100	38 700	43 700	8 600	9 800	9 900
Verschuldung	47	45	45	56 900	57 000	65 200	12 600	15 200	19 800
Hypothekenschulden	21	20	21	110 200	111 100	125 100	80 000	76 400	81 000
Unbesicherte Kredite	35	33	33	9 600	9 500	10 800	3 200	3 500	4 900

Quellen: PHF 2010/2011, PHF 2014, PHF 2017 – Datenstand 3/2019.  
Deutsche Bundesbank

5. Wie viele Personen in Deutschland leben nach Kenntnis der Bundesregierung in Eigenheimen bzw. haben ein selbst genutztes Eigenheim erworben?

Laut Zensus wohnten im Jahr 2011 16,872 Millionen Haushalte in selbstgenutztem Wohneigentum (45,1 Prozent). In diesen Eigentümerhaushalten lebten 42,205 Millionen Personen (52,4 Prozent). Eine Fortschreibung dieser Zensusergebnisse ist nicht möglich.

Nach einer aktuellen repräsentativen Befragung zur Wohneigentumsbildung von Selbstnutzern in Deutschland von Kantar TNS im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung haben in den Jahren 2012 bis 2017 im Durchschnitt etwa 412 000 Haushalte pro Jahr Wohneigentum erworben. Informationen zur Anzahl der Personen in diesen Haushalten liegen nicht vor.

- a) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Preis, für den selbst genutzte Eigenheime in Deutschland derzeit erworben werden?

Nach der in der Antwort zu Frage 5 zitierten Studie wurden in Deutschland für selbstgenutztes Wohneigentum in den Jahren 2012 bis 2017 durchschnittlich 305 000 Euro aufgewendet.

- b) Hat die Bundesregierung Kenntnisse über die Preisentwicklung in den letzten zehn Jahren?

Wie steht diese nach Einschätzung im Zusammenhang mit der anhaltenden Niedrigzinsphase?

Zwischen 2009 und 2017 stiegen die Kaufpreise für selbst genutztes Wohneigentum laut Berechnungen des vdp-Immobilienpreisindex um ca. 30 Prozent. Dagegen haben sich im gleichen Zeitraum die Einkommen um etwa 16 Prozent erhöht. Ein kausaler Zusammenhang mit den im gleichen Zeitraum gesunkenen Zinsen für Wohnbaukredite ist denkbar. Seit dem Jahr 2015 bewegen sich die Zinsen jedoch seitwärts und können somit den Anstieg der Immobilienpreise nicht monokausal erklären.

- c) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, ob und wie eine veränderte Hauserwerbsquote durch die anhaltende Niedrigzinsphase bedingt wird?

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor.

6. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Deutschen, die Aktien halten?
- a) Wie hat sich der Anteil in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
- b) Wie stellt sich der Anteil in Deutschland im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie den USA, Japan und der Schweiz dar?

Die Fragen 6 bis 6b werden gemeinsam beantwortet.

Die nachstehenden Angaben beziehen sich auf Haushalte und auf direkt gehaltene Aktien.

Wie in der Tabelle „Portfoliostruktur privater Haushalte“ unter der Antwort zu Frage 4 bereits aufgeführt, betrug der Anteil der Haushalte in Deutschland, die direkt in Aktien investiert haben, 11 Prozent im Jahr 2010, 10 Prozent im Jahr 2014 und 11 Prozent im Jahr 2017. Die Vermögensbefragung der Bundesbank (PHF) ist Teil eines Systems harmonisierter Befragungen im Euroraum, dem sogenannten „Household Finance and Consumption Survey“ (HFCS – siehe auch Antwort zur Frage 1). Die Daten zum Anteil der Haushalte mit direktem Aktienbesitz für Deutschland lassen sich daher mit denen anderer Länder im Euroraum vergleichen. Der Vergleich zeigt, dass auch in anderen europäischen Ländern der Anteil von Haushalten mit direktem Aktienbesitz überwiegend gering ist.

Die Deutsche Bundesbank hat hierzu die nachstehende Zusammenstellung vorgenommen:

<b>Anteil der Haushalte mit direktem Aktienbesitz, nach Ländern</b>			
Anteil der Haushalte mit (direktem) Aktienbesitz, in %			
	HFCS - Welle 1		HFCS - Welle 2
Alle Länder	10,1		
		Euroraum	8,8
Belgien (2010)	14,7	Belgien (2014)	11
Deutschland(2010)	10,6	Deutschland(2014)	9,6
		Estland (2014)	3,6
		Irland (2013)	13,1
Griechenland(2009)	2,7	Griechenland(2014)	0,8
Spanien(2008)	10,4	Spanien(2011)	11
Frankreich (2010)	14,7	Frankreich (2014)	11,7
Italien (2010)	4,6	Italien (2014)	3,7
Zypern(2010)	34,6	Zypern(2014)	20,4
		Lettland (2014)	0,8
Luxemburg (2010)	10	Luxemburg (2014)	9
		Ungarn(2014)	1,3
Malta (2010)	13,4	Malta (2013)	16,4
Niederlande (2009)	10,4	Niederlande (2013)	8
Osterreich (2010)	5,3	Osterreich(2014)	5,4
		Polen (2013)	3,5
Portugal (2010)	4,4	Portugal (2013)	5,7
Slowenien (2010)	10	Slowenien(2014)	8
Slowakische Republik (2010)	0,8	Slowakische Republik (2014)	2,1
Finnland(2009)	22,2	Finnland(2013)	21,4

**Quellen:**  
 HFCS-Welle 1: Household Finance and Consumption Network (2013), The Household Finance and Consumption Survey – Wave 1 – Statistical Tables - Tabelle C1.  
 HFCS-Welle 2: Household Finance and Consumption Network (2016), The Household Finance and Consumption Survey – Wave 2 – Statistical Tables- Tabelle C1.  
**Anmerkungen:** Erhebungsjahr in Klammern

Nach Einschätzung der Deutschen Bundesbank liefert der „Survey of Consumer Finances (SCF)“ der Federal Reserve Bank vergleichbare Daten für die USA. Für die SCF-Studie werden ebenfalls Haushalte zu ihrem Vermögen befragt. Der Anteil der Haushalte mit direktem Aktienbesitz lag laut dieser Studie bei 13,8 Prozent im Jahr 2013 und 13,9 Prozent im Jahr 2016.

7. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Deutschen, die in aktiv gemanagte Fonds investieren?
  - a) Wie hat sich das der Anteil in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Die Fragen 7 und 7a werden gemeinsam beantwortet.

Laut den Ergebnissen der PHF-Studie der Deutschen Bundesbank (siehe Tabelle „Portfoliostruktur der privaten Haushalte“ in der Antwort zu Frage 4) lag der Anteil der Haushalte mit Fondsbesitz (ohne private Altersvorsorge) im Jahr 2010 bei 17 Prozent, im Jahr 2014 bei 13 Prozent und im Jahr 2017 bei 16 Prozent. Eine Aufgliederung der Fonds auf aktiv gemanagte oder andere Typen ist mit den PHF-Daten nicht möglich. Daten zu dem gesamten von der Frage umfassten Zeitraum liegen nicht vor.



- b) Wie stellt sich der Anteil in Deutschland im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie den USA, Japan und der Schweiz dar?

Für die USA weist das SCF einen Anteil von Haushalten mit „Pooled investment funds“ (ohne „Retirement accounts“) von 8,2 Prozent im Jahr 2013 und 10,0 Prozent im Jahr 2016 aus (vgl. Federal Reserve Bank [2017], Changes in U.S. Family Finances from 2013 to 2016: Evidence from the Survey of Consumer Finances, Federal Reserve Bulletin 103 (3) – Tabelle 3). Zu den anderen in der Frage genannten Staaten liegen der Bundesregierung keine entsprechenden Daten vor.

8. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Deutschen, die in börsengehandelte Fonds (ETFs) investieren?
- a) Wie hat sich der Anteil in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
- b) Wie stellt sich der Anteil in Deutschland im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie den USA, Japan und der Schweiz dar?

Die Fragen 8 bis 8b werden gemeinsam beantwortet.

Die nachfolgende Tabelle zeigt den volumenmäßigen Anteil an Wertpapieranlagen deutscher privater Haushalte (ausschließlich privater Organisationen ohne Erwerbzweck), unter anderem in ETFs:

Wertpapierbestände deutscher privater Haushalte (Kurswerte in Mio. Euro)						
Termin*	Schuldverschreibungen (incl. Geldmarktpapiere)	Börsennotierte Aktien	Anteile an Investmentfonds (incl. Geldmarktfonds)	darunter ETFs:	Gesamtbestand	
2018	115.733	281.167	555.695	31.131	952.594	
2017	120.480	327.361	576.156	43.295	1.023.996	
2016	127.403	287.559	517.831	24.004	932.794	
2015	139.762	263.686	484.756	19.596	888.204	
2014	162.199	233.653	442.504	18.539	838.355	
2013	178.985	223.147	398.289	14.044	800.422	
2012	200.099	191.052	373.401	unbekannt	764.575	
2011	211.046	166.416	355.458	unbekannt	732.919	
2010	219.127	190.796	395.617	unbekannt	805.540	
2009	231.352	158.440	379.005	unbekannt	768.797	
2008	235.805	121.711	345.107	unbekannt	702.623	
*Stand zum Jahresende						
Quelle: Deutsche Bundesbank						

Eine Aufgliederung nach dem Anteil der Deutschen, die in bestimmte Arten von Fonds investiert haben (ETFs, aktiv gemanagte oder andere Typen) ist mit den PHF-Daten nicht möglich (siehe Frage 7). Zu den anderen in der Frage genannten Staaten liegen der Bundesregierung keine entsprechenden Daten vor.

9. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der Beratungsgesellschaft Barkow, dass die deutschen Sparer im ersten Quartal 2018 7,1 Mrd. Euro an Wertverlust erlitten haben?

Nach Angaben der Deutschen Bundesbank belief sich das Geldvermögen der privaten Haushalte, einschließlich des Geldvermögens privater Organisationen ohne Erwerbszweck, in Deutschland Ende des ersten Quartals 2018 auf 6 081 Mrd. Euro und stieg damit gegenüber dem vierten Quartal 2017 um 16 Mrd. Euro.

Aus Sicht der Bundesregierung erscheint eine Vergleichbarkeit mit einer fiktiven Situation, in der die Geldpolitik der unabhängigen Europäischen Zentralbank während der letzten Jahre unberücksichtigt bleibt, grundsätzlich sehr unsicher. Darüber hinaus hängen die Ergebnisse stark von Annahmen, z. B. zu strukturellen Zusammenhängen in der Volkswirtschaft, ab.

Zudem wäre für ein Gesamturteil die alleinige Betrachtung des Geldvermögens nicht ausreichend. Geldpolitische Maßnahmen im Allgemeinen und die Sondermaßnahmen der letzten Jahre im Speziellen beeinflussen Einkommen und Vermögen nicht nur über Zinseinkommen, sondern auch, indem sie eine robustere Konjunktur und damit den Arbeitsmarkt und die Beschäftigung stützen. Gleichzeitig sind durch das Niedrigzinsumfeld die Kreditkosten spürbar gesunken, was auch private Schuldner entlastete.

Zwar ist die nominale Verzinsung von besonders sicheren und liquiden Anlageformen aktuell sehr gering. Unter Berücksichtigung der moderaten Inflationsentwicklung der letzten Jahre sowie anderer relevanter Anlageformen fällt der Renditerückgang im Zeitablauf insgesamt jedoch weniger stark aus, als es die Entwicklung der Nominalzinsen allein suggerieren würde.

10. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der DZ Bank, welche seit Beginn der Niedrigzinspolitik 2010 von einem saldierten kumulierten Verlust für die deutschen Geldvermögen aus den Niedrigzinsen von 295,5 Mrd. Euro ausgeht?

Falls ja, welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?

Falls nicht, welche Auffassung vertritt die Bundesregierung in dieser Thematik?

11. Welche weiteren Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, wie sich die Niedrigzinsphase auf das Vermögen deutscher Sparer auswirkt?

Die Fragen 10 und 11 werden gemeinsam beantwortet.

Auf die Antwort zu Frage 9 wird verwiesen.

12. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um den Aktienerwerb bzw. das Investieren in (aktive bzw. passive) Fonds attraktiver zu machen?

Wie hoch wären nach Kenntnis der Bundesregierung die Steuermindereinnahmen durch Steuerfreiheit von Kursgewinnen für Wertpapiere (inklusive ETFs und Fonds) nach fünf Jahren Haltedauer?

Die regulatorischen Vorgaben beim Erwerb von Aktien sind umfassend durch EU-Vorschriften definiert. Das BMF hat eine öffentliche Konsultation zu den Erfahrungen mit der Richtlinie und der Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID/MiFIR) und damit in engem Zusammenhang stehenden Rechtsakten durchgeführt. Momentan werden die Stellungnahmen ausgewertet. Das Bun-

desministerium der Finanzen plant, Änderungsbedarf auf der Grundlage der eingehenden Stellungnahmen gegenüber der Europäischen Kommission zu adressieren.

Zum Umfang von möglichen Steuermindereinnahmen liegen der Bundesregierung keine Schätzungen vor.

13. Wie hoch wären nach Kenntnis der Bundesregierung die Steuermindereinnahmen durch eine Verdopplung des Sparerpauschbetrages?

Die Steuermindereinnahmen aus einer Verdoppelung des Sparer-Pauschbetrages werden auf rund 0,9 Mrd. Euro geschätzt.

14. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um den privaten selbstgenutzten Immobilienbesitz zu erhöhen?

Wie hoch wären nach Kenntnis der Bundesregierung die Steuermindereinnahmen durch einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer in Höhe von 400 000, 500 000, bzw. 600 000 Euro pro natürlicher Person?

Beim Wohngipfel am 21. September 2018 wurde ein Maßnahmenpaket mit Ländern und Kommunen vereinbart. Das breit angelegte Maßnahmenpaket geht weit über die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag hinaus. Zur Stärkung der privaten Wohneigentumsbildung hat die Bundesregierung unter anderem beschlossen, ein Baukindergeld auf den Weg zu bringen. Damit werden gezielt Familien mit Kindern bei der Bildung von selbstgenutztem Wohneigentum unterstützt. Gefördert wird damit sowohl das bezahlbare Wohnen als auch die Altersvorsorge. Das Baukindergeld wird rückwirkend ab dem 1. Januar 2018 gewährt. Die Programmlaufzeit ist auf den Zeitraum 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2020 begrenzt.

Aufgrund der Vereinbarungen des Koalitionsvertrages werden von BMI gemeinsam mit der KfW unter Einbindung der beteiligten Ressorts zur Zeit die Möglichkeiten für ein KfW-Bürgschaftsprogramm zur weiteren Unterstützung der Bildung selbstgenutzten Wohneigentums intensiv geprüft. Der Koalitionsvertrag sieht vor, die Wohnungsbauprämie als Anreizinstrument insbesondere für junge Menschen beizubehalten und attraktiver zu gestalten. Die Wohnungsbauprämie wird derzeit evaluiert.

Die Bundesregierung strebt außerdem eine Senkung der Kosten für den Erwerb selbstgenutzten Wohnraums bei den Maklerkosten an.

Die Steuermindereinnahmen aus der Einführung eines Freibetrages bei der Grunderwerbsteuer in Höhe von 400 000 Euro bis 600 000 Euro würden auf gut 6 Mrd. Euro geschätzt.

15. Plant die Bundesregierung die vermögenswirksamen Leistungen zu reformieren?
- a) Zu welchen haushälterischen Mehrbelastungen würde nach Kenntnis der Bundesregierung eine Erhöhung der Einkommensgrenzen auf 40 000 bzw. 80 000 Euro führen?
- b) Zu welchen haushälterischen Mehrbelastungen würde nach Kenntnis der Bundesregierung eine Erhöhung der zu bezuschussenden Beitragshöhe auf 1 400 Euro mit einheitlichen 20 Prozent (sowohl für Bausparer als auch für Fondsanlagen) führen?

Die Fragen 15 bis 15b werden gemeinsam beantwortet.

Eine Reform zur Förderung von vermögenswirksamen Leistungen ist nicht geplant; der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 19. Legislaturperiode enthält hierzu keine Aussagen. Darüber hinaus wird auf die Antwort der Bundesregierung vom 1. Oktober 2018 verwiesen (Bundestagsdrucksache 19/4663).

Berechnungen zu Mehrbelastungen, die aufgrund von zu erwartenden Verhaltensänderungen mit hohen Unsicherheiten verbunden wären, liegen nicht vor.

16. Plant die Bundesregierung ein digitales Vorsorgekonto, das unterschiedliche öffentlich-rechtliche Anwartschaften und private Anlageprodukte aufschlüsselt?

Der Koalitionsvertrag sieht die Einführung einer säulenübergreifenden Altersvorsorgeinformation unter Aufsicht des Bundes vor. Dieses Vorhaben wird derzeit vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Kooperation mit dem Bundesministerium der Finanzen umgesetzt. Geplant ist ein Onlineportal, durch welches Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit eröffnet wird, sich über ihre erwarteten Ansprüche auf Alterssicherungsleistungen aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge zu informieren.